

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

Kooperation mit Niedersachsen

Im Juni 2000 haben in einer gemeinsamen Sitzung der Bremer Senat und das niedersächsische Kabinett eine Reihe von Vorhaben und Maßnahmen beschlossen, um die bisherige Kooperation zwischen den beiden Ländern zu vertiefen. Am 19. April 2005 hat der Senat die Beschlüsse des Koalitionsausschusses bestätigt, in denen u. a. beschlossen wurde, mit der Landesregierung Niedersachsens Verhandlungen über weitere Kooperationen aufzunehmen. Dabei sollen insbesondere folgende Kooperationsfelder in Frage kommen: Landesinstitut für Schule, Lehrerbildung, Ausbildung, Statistische Landesämter, Justiz, Außerschulische Bildung, Verfassungsschutz, Gehaltsabrechnung, Personalbetreuung (Performa Nord), Landesfeuerwehrschule, Polizeiausbildung, Ausbildung im Steuerrecht, Versicherung, Fachdienst für Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht, Eichämter, Hochschulen und Heimunterbringung für Ältere, Minderjährige, Behinderte und Suchtkranke.

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist zurzeit der Stand der Verhandlungen in den oben aufgeführten Kooperationsfeldern?
2. In welchen geplanten Kooperationsfeldern ist eine Kooperation nicht erzielt worden, und was waren die Gründe hierfür? Wie bewertet der Senat das Scheitern?
3. In welchen weiteren Aufgabenfeldern kann eine Zusammenarbeit und Kooperation mit Niedersachsen ausgeweitet werden? Welche konkreten Maßnahmen sind hierfür geplant?
4. Sieht der Senat im Zusammenhang mit einer Kooperation mit Niedersachsen die Möglichkeit, Bremerhaven als Standort von Landesbehörden bzw. -dienststellen zu stärken?
5. Welche darüber hinausgehenden Kooperationen sind denkbar?

Cornelia Wiedemeyer, Marlies Marken, Hermann Kleen,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU